Es gibt gute Gründe, den Wunsch der Kurden nach einem eigenen Staat ernst zu nehmen. Es gibt gute Gründe, weitere ethnische Trennungen von bisherigen Staatsgebilden nicht zu fördern. Der folgende Text des früheren CDU-Abgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium Willy Wimmer ist von diesem Spannungsfeld geprägt. Es ist eine profilierte Meinung zum Thema. Als solche sollte man sie auch nehmen und ernst nehmen. **Albrecht Müller**.

Zwischen allen Stühlen
Von *Willy Wimmer*

Zu was man in der Türkei willens und fähig ist, kann jeder feststellen, der einmal zwischen der Metropole Diyarbakir und der irakisch-syrischen Grenze mit dem Hubschrauber über ein schier endloses Land geflogen ist. Bis zum Horizont wogen im Frühsommer die Getreidefelder. Aber nur scheinbar, denn es ist sinnvoll, genauer hinzusehen. Immer wieder dringen die Grundmauern zerstörter Häuser, Dörfer und von Städten durch das satte Grün. Sie zeugen davon, dass hier die türkische Regierung im Kampf gegen die Kurden über 3ooo Dörfer und Städte in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts dem Erdboden gleich gemacht hat. Hundertausenden Menschen wurde auf diese Weise die Lebensgrundlage und die Heimat entzogen. Dies geschah mit Hilfe kurdischer Großgrundbesitzer, die der türkischen Regierung in Ankara im Kampf gegen die Kurden zur Hand gingen. Vorgeblich ging es damals wie heute gegen die PKK, aber Ankara schuf sich auf diese Weise ein riesiges und menschenleeres Vorfeld gegen die Kurden im Irak und in Syrien. Den Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, blieb nichts anderes als die türkische Mittelmeer-Küste oder Stuttgart und Köln.

Der NATO-Krieg gegen Belgrad wurde in Ankara als eine für die Türkei gedachte Totenglocke empfunden.

Damals nahmen wir im Westen das hin, weil es eine offizielle Begründung aus der Sicht des Kalten Krieges seitens der türkischen Regierung gab. Im Kampf gegen den gottlosen Kommunismus, den man bei den Kurden verortete, schien jedes Mittel recht zu sein. Also: Weg mit den Kurden. In der türkischen Republik hat sich an dieser Einstellung vermutlich bis heute nichts geändert. Dafür spricht schon die Dimension des Ringens.

Das wurde deutlich, als der Westen jenseits des geltenden Völkerrechtes daran ging, den Balkan von jedem russischen Einfluss zu säubern und nach seinem Gusto zu filetieren, Bomben auf Belgrad inklusive. Gerade für ein Transitland wie die

Türkei war offenkundig, wie das westliche Vorgehen auf dem Balkan der Trassen-Kontrolle für die Erdöl-und Erdgastrassen galt. Die damalige türkische Regierungschefin, Frau Ciller, unternahm auf dem Balkan eine ganze Menge, um es nicht zum Schlimmsten kommen zu lassen. Die türkische Regierung musste sich nur das eigene Land ansehen, um die Folgen ethnischer Trennung zu studieren, die vor allem die USA sich auf die Fahnen geschrieben hatte, um ihre Ziele auf dem Balkan besser durchsetzen zu können. Wenn zwischen Armeniern, Kurden und Türken auf dem heutigen Staatsgebiet der Türkei alle Völkerstämme richtig gezählt werden, bilden vierundzwanzig von ihnen die Türkische Republik. Genug Stoff für westliche Strategen, das in ihr Kalkül zu ziehen. Nach dem Modell der siebziger Jahre kann man in den USA oder anderen, mit den USA eng verbündeten Staaten, davon ausgehen, dass die Vertriebenen-Ströme zwischen Flensburg und Passau schon landen werden.

Merkel und die Fata Morgana

Gebetsmühlenartig und mit dem Charakter des letzten Strohhalms versehen, spricht die noch im Amt befindliche Bundeskanzlerin von einer Entlastung der Migrationsentwicklung, die es nur in Zusammenarbeit mit der Türkei zu erreichen gelte. Man sollte Berlin empfehlen, Zeitung zu lesen. Was haben wir nicht alles als vollmundige Absichtserklärung in den letzten Monaten hinnehmen müssen. Auch und gerade in Zusammenhang mit der Türkei wurden sogar NATO-Verbände in der Ägäis ins Feld geführt, um einen Riegel für die Migrationsbewegungen deutlich zu machen. Die Schiffe waren noch nicht ausgelaufen, als sich Ankara schon nicht mehr an Zusagen gebunden fühlte. Mitnichten wird man wieder diejenigen in der Türkei aufnehmen, die von NATO-Schiffen in der Ägäis gerettet werden konnten. Aber warum soll Ankara sich anders verhalten als diejenigen, die Milliarden zusagen, sie aber nie zur Unterstützung türkischer Hilfsleistung auszahlen? „Basar“ ist nichts dagegen, wie man miteinander umgeht und das auch noch zum Standard freundschaftlicher Beziehungen umformuliert. Ankara sieht doch eines: im Westen der Türkei bettelt man um Kooperation in der Migrationsentwicklung und im Osten der Türkei setzt man das gegen die Türkei gerichtete Seziermesser an. Übrigens durch diejenigen, die im Westen alles tun, weiter die Migrationsentwicklung nur als Flankenschutz für amerikanische Kriege, demnächst auch in Libyen zu betreiben.

Ankara hat versucht, Syrien das Lebenslicht auszublasen und hört im Osten die für die Türkei bestimmte Totenglocke heftig läuten.

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges hat die Welt den Kurden ein besonderes

Schicksal zugedacht. Noch nicht einmal das, was den Aseris zwischen Iran und Aserbeidschan zugestanden wurde, galt für die Kurden, von einer sehr kurz bemessenen Periode einmal abgesehen. Das, was derzeit in dieser Großregion geschieht, führt uns in die Zeit von vor mehr als einhundert Jahren zurück. Es spricht alles dafür, gerade uns Deutsche wieder mit dem Schicksal dieser Region zu verbinden und Folgen, die uns vermutlich zugedacht werden, aber kaum von uns bestimmt werden können. Alles schon mal gehabt, wird sich derjenige denken, der in diesen Wochen bei David Fromkin und seinem epochalen Werk über die Probleme dieser Großregion Aufschluss zu Fragen und Erkenntnisse sucht. „The peace to end all peace“ war der treffende Titel für diese Bibel der jüngeren Geschichte des Mittleren und Nahen Ostens. Damit wurde deutlich, von welcher Bedeutung diese Region gerade für uns in Europa ist, wenn die Lehren aus der damaligen Entwicklung gezogen werden. Vor allem deshalb, weil in Israel jede Scheu abgelegt worden ist, sich öffentlich hinter kurdische Staatsgründungsaspirationen zu stellen. Das trägt weit, denn in Kenntnis all dieser Umstände hat die Bundesregierung bei diesem Rückhalt aus Israel für die Kurden nicht gezögert, deutsche Truppen in die Kurdengebiete zu entsenden.

Das hatten wir doch schon einmal. Es ist in Deutschland das in Vergessenheit geraten, worüber nicht nur David Fromkin geschrieben hat. Die jüdische Gesellschaft und vor allem dabei die amerikanischen Staatsbürger jüdischen Glaubens standen dem Kriegseintritt der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg gegen die Entente sehr aufgeschlossen gegenüber. Dazu trug bei, was im Kaiserreich den deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens im Vergleich zu anderen Staaten an Rechten zugestanden worden war. Das musste im Interesse der Entente, wie uns später geöffnete Archive in Moskau deutlich gemacht haben, substantiell verändert werden und das berühmte „Sykes-Picot Abkommen“ zwischen England und Frankreich war das probate Mittel. Der deutsche Kaiser hielt zu seinem osmanischen Verbündeten und reagierte nicht auf an ihn gerichtete Forderungen, die sich auf eine „jüdische Heimstatt in Palästina“ richteten. Mehr muss man in Deutschland eigentlich nicht sagen, wenn heute deutsche Soldaten sich in einer Gegend aufhalten, die aus Israel offen und ungeschminkt für die Bildung eines unabhängigen Staates befeuert werden. Geschichtsvergessener kann man nicht vorgehen und sich dann anschließend in Deutschland über die Folgen wundern.